

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926**

62 (15.3.1926)



# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Plagatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 62

Montag, den 15. März 1926

96. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

Die Hochspannung in Genf, die die deutsche Ablehnung des belgisch-französischen Vergleichsvorschlags in Sachen der Ratsfrage auslöste, fand in einer Ratssitzung am Samstag ihren Widerhall, ohne zu einem Ausgleich zu führen. In französischen Militärkreisen wird die Herabsetzung der Besatzungsarmee erwogen.

In einer außerordentlichen Völkerbundsversammlung wurde der Nachtrag zum Bau des Völkerbundshauses beraten.

In Budapest hat man die Frankennotenfälscher gefasst, die zu den Fälschungen benutzt wurden.

## Doch Verständigung?

Englische Stimmen zur Lage in Genf

London, 13. März. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet: In Regierungskreisen scheint ein nahezu dramatisches Ersäunen über die Wendung der Dinge in Genf geherrscht zu haben. Man gibt zu, daß der Sache des Völkerbundes ein schwerer Schaden zugefügt worden ist. Die Entwicklung der letzten Tage hat den Optimismus, der in britischen diplomatischen Kreisen herrschte, vollkommen verwandelt. Chamberlains persönliche Stellung während des Wochenendes wird möglicherweise bedeutende Rückwirkungen auf die britische Politik ausüben.

Die liberalen Blätter sind in ihrem Urteil über die Vorgänge in Genf vollständig einer Meinung. „Daily Chronicle“ sagt, Chamberlain habe, indem er im Namen Großbritanniens, aber im strengsten Widerspruch zum Willen Großbritanniens handelte, sich an den Einbürgerungsversuchen beteiligt, die sich gegen Deutschland richteten, dessen guten Vorjahre England zu unterstützen verweigert war, und dann gegen Schweden, das die eigentliche Großbritanniens zufallende Pflicht erfüllt habe, eine Tatsache, die jedem Engländer die Schamröte auf die Wangen treiben müßte.

„Daily News“ sagt in einem Leitartikel, es sei ein Unglück, daß der britische Sonderdelegierte nicht die am wenigsten verächtliche Gestalt in der Tragödie von Genf bildet. Die Deutschen hätten eine vollkommen korrekte Haltung eingenommen.

Der letzte Ausweg

Berlin, 13. März. Wie die „B. Z.“ aus Genf meldet, acht der letzte Versuch, die Lösung der Krise herbeizuführen, auf folgenden Vorschlag hinaus: Ein nicht förmliches Mittelstück des Rates soll freiwillig verzichten, damit Polen den freizubehaltenden Rat einnehmen kann. Briand und Chamberlain wenden ihren Einfluss auf, um einen dieser Staaten zur Niederlegung zu veranlassen. Die Völkerbundsversammlung müßte dann ein neues Ratsmittelstück für den freizubehaltenden Sitz wählen und würde sich vermutlich auf Briands und Chamberlains Vorschlag hin auf Polen einigen.

Chamberlain Gast der deutschen Delegation

Genf, 13. März. Samstag vormittag stattete Dr. Stresemann dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen einen Besuch ab. Zum Frühstück ist Chamberlain Gast des Reichsstatlers und des Außenministers.

Antideutsche Demonstrationen in Warschau

Berlin, 13. März. Die „B. Z.“ meldet aus Warschau: Die Stimmung in Warschau ist nach den gestrigen Vorkäufen in Genf wieder sehr gespannt. Einige tausend Studenten demonstrieren in den Straßen der Stadt. Sie zogen färmend, mit Hochrufen auf Frankreich und Italien und Niederrufen gegen Deutschland und Schweden zu Demonstrationen vor der französischen Botschaft und zu milder freundlichen Demonstrationen vor die deutsche Gesandtschaft.

## Die Samstag-Beratungen

Die Völkerbundsversammlung vom Samstag

Genf, 13. März. Die außerordentliche Völkerbundsversammlung ist nach fünfjähriger Pause Samstag vormittag zu einer zweiten Sitzung zusammengetreten, in der vor halbbesetztem Saal das Gedächtnis des im Herbst vorigen Jahres verstorbenen französischen Vorkämpfers des Völkerbundsgedankens Leon Bourgeois gefeiert wurde. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Gedächtnisses von Leon Bourgeois, worauf Briand mit kurzen Worten für diese Ehrung dankte. Die Versammlung behandelte sodann Fragen, die den Nachtragsetat und den Bau eines Versammlungsgebäudes betreffen. Sie ermächtigte darauf die Kontrollkommission des Völkerbundes zur Nachprüfung des vom Generalsekretär des Völkerbundes vorgelegten Nachtragsetats von 16 Millionen für das Völkerbundshaus.

Während der Sitzung begab sich Briand zur Bank der englischen Delegation und führte mit Chamberlain eine kurze und lebhafteste Unterhaltung.

Eine deutsche Erklärung zur Lage

London, 13. März. Reuters meldet aus Genf: Wie verlautet, hätten heute die deutschen Delegierten erklärt, es ist gar keine Rede davon, daß wir die Koffer packen und abreißen. Warum abreißen? Wir warten eine Antwort auf die gestellten Anfragen und die Angelegenheit schwebt jetzt beim Rat. Dieser wird sich nicht darüber äckern, ob die uns anebenen Verträge

gehalten werden oder nicht. Wenn wir in den Rat gewähnt werden, werden wir bleiben, andernfalls werden wir abreißen.

Die Lage in Genf

Genf, 13. März. Die Schweizerische Delegation meldet: Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten und tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der am Rheinpark bestellten Mächte rechnet man mit der Möglichkeit, daß Deutschland am Montag oder Dienstag in den Völkerbund aufgenommen wird.

## Polens Sünden gegen den Völkerbund

Der unerquickliche Konflikt, den die polnische Forderung eines Sitzes im Völkerbundsrat heraufbeschworen hat, ist von einer Klärung noch weit entfernt.

Daß ein so unreifes, intolerantes und imperialistisches Staatswesen wie Polen vielmehr der Kontrolle durch den Völkerbund bedarf, als an dessen Leitung teilzuhaben, wird im Grunde wohl jedem Beteiligten klar sein. Merkwürdigerweise ist aber noch nie in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen worden, daß Polen nicht nur mit Recht der — wie man in Polen selbst sagt — „ständige Klient“ des Völkerbundes gewesen ist, sondern sich in dieser Eigenschaft dem Völkerbund gegenüber mehr als einmal in einer Weise benommen hat, die im Interesse der Würde des Völkerbundes seine Wahl in die Leitung desselben auf absehbare Zeit ausschließen sollte. Die frühere Taktik der polnischen Presse, den Völkerbund zu verhöhnen und zu beschimpfen, hat seit Jahresfrist mit der Regierungspolitik gesehelt, die nunmehr darauf hinausläuft, den Völkerbund zu diphieren: es sei nur daran erinnert, mit welchem Pathos Strzymski auf der Hauptversammlung des Völkerbundes von 1920 Jahren unter allgemeinem Beifall die Einrichtung deutsch-polnischer gemischter Ausschüsse und einer ukrainischen Universität versprochen, was beides nie in Erfüllung ging. Aber unabhängig von diesem Wechsel der Taktik hat Polen in seiner tatsächlichen Haltung stets eine grobe Mißachtung der Rechte und Meinungen des Völkerbundes gezeigt. Das markanteste Beispiel in dieser Richtung ist die Annexion des Wilnaer Landes. Obwohl Polen in dem Jahre hindurch während der Vermittlungsverfahren des Völkerbundesrates sich zu einer tonalen Haltung verpflichtet hatte, hat es gleichzeitig unbekümmert und rücksichtslos die Annexion dieses Gebietes durchgeführt. Jegliowski, der jetzige Kriegsminister, befehlte im geheimen Auftrag des polnischen Staatschefs Pilsudski im Oktober 1920 das strittige Gebiet: die Intervention des Völkerbundes wurde mit der Lüge abgewiesen, Jegliowski habe eigenmächtig gehandelt. Eine posthume Abstimmung, die in dem von Jegliowski's Truppen besetzt gehaltenen Gebiet wurde arrangiert und schließlich im Frühjahr 1922 die rechtlose Einverleibung des geraubten Gebietes vollzogen.

Zahlreiche andere weniger in die Augen springende, aber grundsätzlich gleichliegende Beispiele enthalten die Verluste des Völkerbundesrates, die die Minderheitenfrage in Polen einzureifen. Viele Beschwerden, insbesondere der deutschen Minderheit in Polen, sind in den Akten geblieben, ohne weiter verfolgt zu werden. In einigen Fragen ist ein förmliches Verfahren eingeleitet worden, die stets mit einer völligen Niederlage der polnischen Regierung endete. Aber mit einer Niederlage, die auf dem Papier blieb, denn die polnischen Behörden taten nach wie vor, was ihnen beliebt. Wenn man polnische Weisensart nicht kennen würde, man müßte sich wundern, wenn Polen unter diesen Umständen eine Bewerbung um einen Sitz im Völkerbundsrat wagt. Umso nötiger erscheint es, dem kurzen Gedächtnis der öffentlichen Meinung diese Dinge in Erinnerung zu bringen.

## Das Programm des Reichsernährungsministers

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wies Reichsminister Dr. Haslinder bei Beratung des Etats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft darauf hin, daß sein Ministerium gerade im gegenwärtigen Augenblick vor besonders ernste dringende und verantwortungsvolle Aufgaben gestellt sei. Die Hauptaufgabe liege nicht in der Nahrungsmittelbeschaffung, sondern darin, daß die deutsche Landwirtschaft trotz intensiver Kraftaufwendung eine tiefgehende Krise durchmache, die sich allmählich wie eine auszehrende Krankheit auswirke. Die Gründe seien in dem völligen Mangel an Betriebskapital, in dem gewaltigen Steuerdruck und anderen Ursachen zu suchen. Demgegenüber stehe auf der anderen Seite eine mangelnde Rentabilität. Wenn er trotz dieser ernsten Notlage der Landwirtschaft es als volkswirtschaftliche Notwendigkeit und väterländische Aufgabe ersten Ranges ansehe, eine weitere Steigerung der Produktion herbeizuführen, so seien erhebliche Beihilfen von Reich und Staat notwendig. Es müsse alles daran gesetzt werden, diesen wichtigen Wirtschaftszweig wieder zur Gesundheit zu bringen. Dr. Haslinder fuhr in seiner Rede fort: Die Maßnahmen, die die Reichsregierung ergreifen habe und durchzuführen gedente, bewegten sich nach drei Richtungen: Hilfe von der Kreditseite, der Absatz- und Rentabilitäts-

seite und durch einzelne Hilfs- und Förderungsmahnahmen. Die kurzfristigen Kredite sollten in langfristige umgeändert werden. Die Reichsregierung sei entschlossen, auf dem eingeschlagenen Wege energisch fortzuschreiten. Bezüglich der zweiten Maßnahme verwies der Minister auf den Gesetzentwurf zur Sicherung der Getreidebewegung. Die Schwankungen beim Roggenpreis sollten ausgeschaltet und in günstigem Sinne beeinflusst werden. Von der Vorlegung eines Gesetzes zur zwangsweisen Regelung des Roggenverbrauches müsse die Regierung absehen, weil der Ruhezustand einer solchen Regelung doch nur ein recht geringer sein würde, gegenüber den Schwierigkeiten und Nachteilen, die zu befürchten seien. Dagegen müsse die Propaganda für ein gesundes und billiges Roggenbrot nachdrücklich gefördert werden. Der Minister stellte dann bezüglich der Ernährungslage fest, daß die Ernteerhältnisse des Jahres 1925 im allgemeinen gut, für Brotgetreide vorzüglich seien. Die Brotgetreideernte habe nahezu 11,5 Millionen Tonnen gegenüber 8,3 Millionen Tonnen im Jahre 1924 betragen. Gegenüber den Vorjahren könne diesmal nicht von einem Mangel an Angebot die Rede sein. Vielmehr müsse von einer empfindlichen Absatzkrise gesprochen werden, aus der ein verstärkter Druck auf die Erzeugungspreise herzuleiten sei. Wenn sich die Preisentwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auch in den Kleinhandelskreisen ausgewirkt hätte, so sei das zweifellos mit auf die Preisentwertung der Reichsregierung zurückzuführen. Bei den Fleischpreisen habe sich die Spanne zwischen Vieh- und Ladenpreis nicht unerheblich verringert. Doch müsse auf eine weitere Senkung hingewirkt werden. Der Fleischverbrauch habe sich im übrigen 1925 gegenüber 1924 gehoben und zwar bis auf 88,4 Prozent des Verbrauches von 1913. Im Rückstand sei immer noch der Brotverbrauch, ebenso der Verbrauch von Frischmilch. Eine großzügige Milchpropaganda stehe bevor.

## Politische Umgruppierung im Mittelmeer

Der vor einer Woche in Rom abgeschlossene italienisch-jugoslawische Vertrag ist geeignet, eine völlig neue Umgruppierung im Mittelmeer hervorzurufen. Jetzt ist auch der Besuch des griechischen Außenministers in Rom erfolgt, denn die italienisch-jugoslawische Verständigung ist auf Kosten Griechenlands herbeigeführt, das jedoch seinerseits wieder durch die Unterstützung seiner Politik in Kleinasien durch Italien entschädigt werden soll. Damit ist der ganze Handel im Wesentlichen auf Kosten der Türkei durchgeführt worden. In herbstlichen Kreisen ist man mit der Politik Rintschitschs durchaus nicht einverstanden, denn der alte Gegensatz zu Italien ist noch immer vorhanden und man hat den Verlust Rintschitschs noch immer nicht verschmerzt. Jetzt ist Rintschitsch sogar soweit gegangen, mit Mussolini zu vereinbaren, daß der gesamte jugoslawische Außenhandel über das italienische Rintschitsch geleitet werden soll und an der jugoslawischen Küste kein anderer Konfurrenzhafen geschaffen wird. Jugoslawien wird auf Saloniki verweisen, um dort seine eigenen handels- und wirtschaftspolitischen Interessen abzuwickeln. Durch dieses Abkommen gewinnt Italien die völlige handelspolitische und damit auch die wirtschaftspolitische Oberhand im Adriatischen, und damit im westlichen Mittelmeer. Dadurch, daß die serbischen Waren über Rintschitsch gehen, erlangt Italien einen gewaltigen Vorteil. Welche politischen Konsequenzen Mussolini Rintschitsch hierfür gemacht hat, ist bisher noch nicht bekannt geworden. Auch die Aufhebung Rintschitschs, den Anschluß Oesterreichs an Deutschland mit allen Kräften zu verhindern, ist ein jugoslawischer Liebesdienst für Italien, denn in letzter Zeit haben führende Politiker Jugoslawiens wiederholt erklärt, daß sie in der deutsch-österreichischen Anschließfrage keine unmittelbare Bedrohung ihres Landes sehen und daher an der Angelegenheit nicht direkt interessiert sind. Mussolini hat ja bekanntlich den Ehrgeiz, eine Verständigung zwischen den Balkanmächten herbeizuführen, wozu natürlich in erster Linie gehört, daß der alte serbisch-griechische Gegensatz überbrückt wird. Ob Mussolini hier den Serben auf Kosten Griechenlands in der mazedonischen Frage irgendwelche Zugeständnisse gemacht hat, bleibt abzuwarten. Mussolini glaubt in der Lage zu sein, eine scharfe Politik gegen die Türkei betreiben zu können, worin er ja durch England bestärkt wird. Vielleicht glaubt er bereits, die Griechen territorial in der Türkei später einmal entschädigen zu können.

## Ausland.

Günstiger Abbruch in Oesterreich

Wien, 13. März. Nach dem Bericht des Generalkommissars Dr. Zimmermann schließt der vorläufige Rechnungsabbruch in Oesterreich für das Jahr 1925 mit einem Ueberschuß von 19 Millionen Schilling anstelle eines veranschlagten Fehlbetrages von 57 Millionen Schilling ab.

Vorstellung der neuen französischen Regierung am Donnerstag

Paris, 13. März. Da Ministerpräsident Briand vor Dienstag nicht von Genf zurückkehren wird, wurde die für den gleichen Tag angelegte Kammerführung verschoben, so daß also



frühestens am kommenden Donnerstag das neugebildete Ministerium das Regierungsprogramm im Parlament entwerfen wird.

## Aus Baden

**Veranlagung zur Einkommen-, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer für 1925 in der Zeit vom 11.—27. März 1926.**  
Die Steuerabteilung der Handelskammer Karlsruhe schreibt:

Die letzte ordnungsmäßige Veranlagung der Einkommens- und Körperschaftssteuer hat für das Jahr 1922 stattgefunden. Für das Jahr 1923 wurden durch das Fortschreiten der Geldentwertung Vorauszahlungen auf Einkommens- und Körperschaftssteuer erhoben, außerdem zur Deckung der Bedürfnisse des Reiches, des Staates und der Gemeinden alle möglichen Steuerquellen erschlossen. Durch die Bestimmungen der zweiten Steuerreform vom 19. Dezember 1923 erklärte man das Jahr 1923 für abgeholten, nachdem noch bestimmte Abschlußzahlungen geleistet waren.

Es war nicht möglich, für die im Zeichen der Inflation gefandenen Steuerjahre 1922 und 1923 Veranlagungen durchzuführen und daran festzuhalten, daß als Vorauszahlung für das laufende Jahr die Einkommensteuer für das vergangene Jahr maßgebend ist. Es wurden daher die Vorauszahlungen für 1924 auf äußere Maßstäbe (Umsatz, Vermögen, Verbrauch) aufgebaut, wie sie bis heute mit einigen Ergänzungen noch geolten haben.

Die zweite Steuerreformordnung ist bei Einführung dieses auf recht rohen Grundlagen beruhenden Vorauszahlungs-systems von der bestimmten Erwartung ausgegangen, einen Ausgleich durch die Veranlagung des Jahres 1924 zu schaffen. Weite Kreise der deutschen Wirtschaft haben jedoch im Jahre 1924 überhaupt kein Einkommen gehabt, oder sogar mit Verlust gearbeitet. Die Folge der vorgesehenen Veranlagung für 1924 wäre gewesen, daß ein großer Teil der von den Gewerbetreibenden geleisteten Einkommens- und Körperschaftssteuer-vorauszahlungen hätten erstattet werden müssen. Man hat deshalb und auch aus technischen Gründen auf eine Veranlagung verzichtet und durch das Steuerüberleitungs-gesetz vom 9. Mai 1925 die Vorauszahlungen für 1924 als Ablösung der Einkommens- und Körperschaftssteuer erklärt. Die für 1924 maßgebend ge-wesenen Vorauszahlungs-vorschriften sind mit einigen Ergänzungen für die Vorauszahlungen des Jahres 1925 beibehalten worden.

Die Forderung der Handelskammer wie überhaupt der ganzen deutschen Wirtschaft nach steuerlicher Gerechtigkeit, gleichmäßiger Behandlung und möglichstster Vereinfachung des Steuer-systems führte zu einem neuen Einkommens- und Körperschaftssteuer-gesetz, welche Gesetze der Reichstag neben 7 anderen Gesetzen am 10. 8. 1925 verabschiedete. Nach dem Steuerüberleitungs-gesetz mußte schon die nächste Veranlagung zur Einkommens- und Körperschaftssteuer auf Grund des neuen Gesetzes stattfinden und zwar nach dem Einkommen das im Kalenderjahr 1925 oder in einem im Kalenderjahr 1925 endenden Wirtschaftsjahr bezogen wird. Man unterscheidet zwischen einer Herbstveranlagung, die grundsätzlich die Landwirte sowie die buchführenden Gewerbetreibenden, welche ihr Wirtschaftsjahr in der ersten Hälfte des Jahres 1925 geschlossen haben, erfaßt und einer Frühjahrsveranlagung für die in Frage kommenden buchführenden Gewerbetreibenden, welche in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 schließen und alle Steuerpflichtigen, die als Steuerjahr das Kalenderjahr angenommen haben.

Die Herbstveranlagung, für die nur wenige Steuerpflichtige in Frage gekommen sind, ist erfolgt und nun stehen wir vor der Frühjahrsveranlagung. Die Steuererklärungen zur Einkommens- und Körperschaftssteuer sind in der Zeit vom 11. März bis 27. März 1926 bei den zuständigen Finanzämtern einzureichen. Hiermit ist gleichzeitig die Abgabe der Umsatzsteuererklärungen für 1925 verbunden.

### 1. Einkommensteuer und Körperschaftssteuer

Für die jetzige Veranlagung kommen in Frage:

A. Gewerbetreibende und zwar: 1. die buchführenden Gewerbetreibenden und Körperschaften, deren Steuerabschnitt zwischen dem 1. 7. und einschl. 31. 12. 1925 geendet hat, 2. die nicht buchführenden Gewerbetreibenden, insbesondere die Kleingewerbetreibenden, es sei denn, daß sie bereits im Herbst 1925, weil sie landwirtschaftliche Einkünfte hatten, veranlagt worden sind;

B. Landwirte: Angehörige der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und des Gartenbaues, soweit sie ein vom normalen Wirtschaftsjahr (1. 7. bis 30. 6.) abweichendes Wirtschaftsjahr ge-nommen erhalten haben.

C. Andere Steuerpflichtige und zwar: 1. Die Angehörigen der freien Berufe und sonstige selbständige Berufstätige, 2. die Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Vermietung und Verpachtung, anderen wiederkehrenden Bezügen und sonstigen Leistungen.

## Der Siebente.

Roman von Elisabeth Forstner.

62. Fortsetzung. Nachdruck verboten.  
„Und — wenn ich bliebe, Eberhard — würdest du mir gehorchen wollen?“ fragte Seeger, dem das Herz immer mehr aufging.

„Ja!“ antwortete der Knabe fest, und, als ob er doch plötzlich zweifelte, fügte er hinzu: „Ich habe den festen Willen; aber wenn mein alter Trost doch einmal stärker werden sollte, dann — werde ich mich daran erinnern, daß Sie gehen wollten — um meinetwillen. Herr Seeger — Eberhard griff jetzt nach dessen Hand und drückte sie herzlich — „sagen Sie mir, daß Sie bleiben wollen, und daß Sie mir vergeben, was ich Ihnen bisher angetan habe.“

Seeger erwiderte den Druck mit inniger Rührung.  
„Alles vergeblich ich dir, Eberhard. Ich wußte, daß du nur falsch geleitet warst, und daß dein wahrer Charakter einst zutage treten würde. Ich habe dich lieb gehabt von der ersten Stunde an, wo du mir so feindselig begegnetest, lieber, als du ahnen kannst. Und jeder Kampf, den ich um dich kämpfte, brachte dich meinem Herzen näher. Du trägst jetzt auch nicht die Schuld daran, daß ich gehe. Du weißt, daß ich meinen Koffen behauptete, als du es mir noch bitter schwer machtest, und jetzt — wo ich so gern bliebe — muß ich gehen — aus einem anderen Grunde.“

„Aus welchem? Nennen Sie ihn mir, und wir werden ihn befechtigen!“ rief Eberhard in leidenschaftlicher Kühnheit.

Seeger schüttelte resigniert lächelnd, den Kopf.  
„Du würdest ihn jetzt doch nicht verstehen, Eberhard — forsche nicht danach.“

„Aber es muß sich ein Ausweg finden lassen!“ beharrte Eberhard hartnäckig. „Ich lasse Sie nicht gehen — ich werde meine Mutter bitten, daß sie mir hilft, Sie zum Bleiben zu bestimmen.“

„Sie suchte eigentümlich um Seegers Lippen.  
„Deine Mutter hat bereits mein Fortgehen gebilligt, und so verlockend es jetzt für mich wäre, dein Lehrer zu sein, dich führen, mit dir gemeinsam leben zu können —

gewinnen, 3. die Steuerpflichtigen mit Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit und aus Kapitalvermögen, soweit eine Veranlagung überhaupt zu erfolgen hat.

Zur Abgabe einer Einkommenssteuererklärung sind verpflichtet (hellgrünes Formular): a) Steuerpflichtige, deren Einkommen im Kalenderjahr 1925 den Betrag von 8000 RM. überstiegen hat. Steuerpflichtige, die lediglich steuerabzugsfähige Einkünfte (Arbeitslohn oder Kapitalerträge) von nicht mehr als 8860 RM. bezogen haben, brauchen eine Erklärung nicht abzugeben; b) ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens Steuerpflichtige, bei denen der Gewinn auf Grund des Abschlusses ihrer Bücher zu ermitteln ist.

Auch die Gesellschaft als solche ist zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet; aber die hiernach festgestellten Gewinne werden dem Einkommen der einzelnen Gesellschafter oder Beteiligten zugeschlagen. Für die Einkommenssteuererklärung werden zwei verschiedene Formulare ausgegeben und zwar kommt das Hauptformular für alle Einkommenssteuerpflichtigen in Frage, während das andere Formular für die Gesellschaften gilt.

Zur Abgabe einer Körperschaftssteuererklärung sind verpflichtet (hellrotes Formular): a) steuerpflichtige Erwerbsgesellschaften, b) alle übrigen steuerpflichtigen Körperschaften und Vermögensmassen des bürgerlichen Rechts, c) steuerpflichtige Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts und öffentliche Betriebe und Verwaltungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, soweit ihre Steuerpflicht schon nach den Vorschriften des bisherigen Körperschaftssteuer-gesetzes begründet war (z. B. öffentliche Sparkassen, die sich nicht auf die Pflege des öffentlichen Sparwesens beschränken).

Die Steuerpflichtigen, deren Steuerabschnitt in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1925 geendet hat und die deshalb schon bei der Herbstveranlagung berücksichtigt worden sind, haben eine Steuererklärung jetzt nicht abzugeben.

### 2. Umsatzsteuer

Zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung sind verpflichtet: a) alle buchführenden Umsatzsteuerpflichtigen, die regelmäßig Umschlüsse machen, b) die übrigen nicht buchführenden Umsatzsteuerpflichtigen, wenn ihr Umsatz ein- oder zwei- bis 6000 RM. betragen hat, c) die nicht buchführenden Umsatzsteuerpflichtigen mit einem Gesamtumsatz von unter 6000 RM. im Jahre 1925 nur dann, wenn sie hierzu vom Finanzamt unter Überlegung eines Formulars besonders aufgefordert werden.

Für die Abgabe einer Umsatzsteuererklärung kommen in Frage: a) die Landwirte, deren Wirtschaftsjahr 1924-25 in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1925 geendet hat, b) die Verleiher von Waren und Kleinhandelssteuerpflichtigen (Lagerverleiher); für deren Veranlagung folgt weitere Mitteilung; c) die Straßenhändler, Wandererwerbtreibenden und anderen Umsatzsteuerpflichtigen, die nach den Bestimmungen des Umsatzsteuer-gesetzes zu Abzahlungen und zur Führung von Steuerbüchern verpflichtet sind.

Die Umsatzsteuererklärungen sind abzugeben: a) von den Umsatzsteuerpflichtigen, die nach dem Kalenderjahr steuern für die Umsätze des Kalenderjahres 1925, b) von den buchführenden Gewerbetreibenden, die regelmäßig Umschlüsse machen, für die Umsätze vom 1. Januar 1925 bis zum Schlusse ihres im Kalenderjahr 1925 endenden Wirtschaftsjahres, c) von den buchführenden Landwirten für die Umsätze ihres in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 1925 endenden Wirtschaftsjahres 1924-25.

Die Umsatzsteuerpflichtigen Entgelte sind in der Steuererklärung mit Rücksicht auf den verschiedenen Steuerfuß zu trennen und zwar für die Zeit vom 1. 1. bis 30. 9. 1925 (Steuerfuß 1 1/2 Prozent), für die Zeit vom 1. 10. bis 31. 12. 1925 (Steuerfuß 3 Prozent).

Vorbrüche zu den Umsatzsteuererklärungen gibt es in drei verschiedenen Fällen: 1. für Gewerbetreibende, 2. für nicht buchführenden Gewerbetreibende, 3. für selbständige Berufstätige, wie Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure usw.

Die Steuerabteilung der Handelskammer Karlsruhe erteilt Handwerfern und Gewerbetreibenden schriftliche und mündliche Auskunft.

Karlsruhe, 13. März. (Vom Badischen Landtag.) Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtages beschloß sich mit einer Regierungsvorlage, die mit dem Rufschuttfonds des Reiches in Zusammenhang steht. Dieses hat bekanntlich für eine Exportsumme von 300 Millionen Reichsmark zum Teil die Ausfall-Garantie übernommen. Während die Industrie für 60 Millionen die Vorhaftung übernimmt, teilen sich für 180 Millionen Reich und Länder in die Garantie, jedoch noch 60 Millionen als Risiko der Industrie verbleiben. In die 180 Millionen teilen sich das Reich und die Länder im Verhältnis von 7:5. Die meisten deutschen Länder haben sich bereits zur Übernahme ihres Anteils bereit erklärt.

Jetzt ist auch die badische Regierung mit einem Gesetzentwurf gefolgt, der ihr die Ermächtigung zu einer Garantiesumme bis zur Höhe von 5 Millionen gibt. Der Berichterstatter wog die Bedenken und Vorteile sorgfältig gegeneinander ab; er verwies auf die Möglichkeit für die badische Industrie, für 20 Millionen Mark Waren nach Rußland exportieren zu können, und betonte, daß es sich dabei ausschließlich um zuverlässigen Export handele. Die Gesetze würden durch eine außerministerielle Kommission geprüft, und soweit Baden in Frage komme, werde ein Badener in der Kommission tätig sein. Der Berichterstatter erinnerte bei dieser Gelegenheit an die Exportmaßnahmen Englands, Frankreichs und Amerikas und betonte, daß Rußland bisher seine Zahlungsverpflichtungen erfüllt habe. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mit allen gegen eine Stimme der Bürgerlichen Be-zugung angenommen. — Zur Beratung stand sodann eine Eingabe landwirtschaftlicher Organisationen, die Termine für die Erösung der Bürgschaften in Höhe von 6 Millionen entgegen der Ansicht des Haushaltsausschusses (je ein Viertel auf Vierteljahresende in der Zeit vom 30. Juni 1926 bis 31. März 1927) weiter hinauszuschieben. Das Gesuch gab Anlaß zu einer längeren Erörterung über die Zweckmäßigkeit solcher Kredite überhaupt. Man will zunächst eine bestimmte Erklärung der Regierung abwarten, zu der auch die Fraktionen Stellung nehmen sollen, und dann erst eine Abstimmung vornehmen.

Karlsruhe, 13. März. (Dementi.) Wie uns von beteiligter Seite mitgeteilt wird, ist die Meldung des „Badischen Beobachters“, es stehe in Baden eine Einigung der beiden liberalen Parteien bevor, eine freie Erfindung. Die Meldung geht offenbar darauf zurück, daß im Haushaltsausschuß des Landtages bei der Beratung der Lehrerbildungsvorlage die deutsch-demokratische und die Deutsche Volkspartei verschiedene Anträge gemeinsam einbrachten, und daß bei der Gesamtabstimmung die Vorlage von beiden Parteien abgelehnt worden ist. Aus dieser parlamentarischen übrigens durchaus nicht ungewöhnlichen Tatsache hat der „Badische Beobachter“ seine den Tatsachen in keiner Weise entsprechende Folgerung gezogen.

Karlsruhe, 13. März. (Zu den Verhaftungen.) Wie jetzt bekannt wird, handelt es sich bei den Unterhaltungen des verhafteten Mojer um Gelder der hiesigen Ortsgruppe des Landesverbandes Baden des Volksbundes Deutscher Kriegsträgerfürsorge, deren Rechner der Verhaftete war. Mojer entstammt einer angesehenen Karlsruher Offiziersfamilie und war feierlich Leutnant des Karlsruher Dragonerregiments „Laut „Karlsruher Tagblatt“ steht es noch nicht fest, ob die bisher genannten 25 000 Mark, deren Unter-schlagung zugegeben wird, das einzige Geld sind, um welches Mojer den Volksbund geschädigt hat. Eine genaue Kassenprüfung über die Zeit, während welcher Mojer Rechner des Bundes war, ist im Gange. — Die wegen Erpressung verhaftete Ellen Kousrow alias Anna Beck soll noch eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren wegen Betruges abzusitzen haben, für die ihr Straußschuß gewährt wurde. In der Bevölkerung herrscht Empörung über die leichtsinnige Verschwendung der Gelder, die für einen derart unwürdigen und humanen Zweck bestimmt waren. Es soll sich dabei um die Gelder handeln, die erst kürzlich — anlässlich des Volkstrauerjahres von der Bevölkerung gespendet worden sind.

Karlsruhe, 13. März. (Unvorsichtiges Umgehen mit Spiritus.) Ein in der Markgrafenstraße wohnender verwitweter Bildhauer wollte seine Kleider mit Spiritus reinigen, wobei diese auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise Feuer fingen. Der Mann erlitt am ganzen Körper so schwere Brandwunden, daß er nach wenigen Stunden im Krankenhause verstarb.

Horsheim, 13. März. (Kommunales.) Der Bürgerausschuß hat beschlossen, daß die Kosten für den vollständigen Ausbau des Straßenbahnnetzes mit 233 Millionen Mark durch eine im Inland aufzunehmende Anleihe zu decken sind. Zunächst ist die Weiterführung der Linie nach dem Hauptfriedhof und nach dem Stadtteil Dillweihenstein geplant.

Landshausen (Amt Eppingen), 13. März. (Brand.) In dem Anwesen des Ratsdieners Helmke brach Feuer aus, das binnen kurzem auch auf das Wohnhaus und die landwirtschaftlichen Anbauten des Landwirts Stredfuß übergriff. Der Schaden ist bedeutend. Ueber die Entstehungsurache ist nichts bekannt.

verdunkelte ihren Schein. In bangem Schweigen standen Bäume und Sträucher; kein Blättchen rührte sich. Die Vögel verflohen sich ängstlich in ihre Schlupfwinkel und Nester oder flogen unruhig tief über der Erde hin.

Sehr langsam zog das Wetter näher. Erst am Nachmittage kam es zum Ausbruch. Ein Wirbelwind segte Sand, Blätter und Blüten in totem Regen durcheinander; zum Orkan anwachsend, fuhr er durch die Kronen der Bäume, daß sie ächzten und schüttelten; er peitschte das Wasser des Sees auf, so daß die Schwäne ängstlich ihr Schutzhäuschen aufsuchten.

In ihrem Zimmer bei geöffneten Türen sah Waltraud von Gerolstein und sah in das Toben des Wetters hinaus. Die treue Barbe, die besorgt hereingekommen war und die Türen hatte schließen wollen, hatte sie wieder hinausgeschickt, indem sie lächelnd ihre Sorge abwieß: „Dah nur, Barbe, so ist es mir gerade am wohlsten. Ich liebe es, wenn der Sturm die Blätter rauscht und die Zweige bricht, wenn die Blitze zucken und der Donner trübt, und — ich möchte allein sein.“

Sie sah es nicht mehr, wie konsterniert die treue Dienerin sie anstarrte und endlich kopfschüttelnd hinausging. Sie dachte auch nicht mehr daran, daß sie früher ängstlich, zum mindesten unruhig bei Gewittern gewesen war, daß es auf ihre Nerven eingewirkt hatte, und daß Barbe dann bei ihr hatte sitzen und ihre Hand halten müssen. Sie war so froh, allein zu sein, und in den aufgewühlten Elementen brauchten einen Widerpart zu dem Aufruhr in ihrer eigenen Brust zu finden.

Mit aller Festigkeit brach draußen das Wetter los. Blitz und Donner folgten Schlag auf Schlag, die Erde erzitterte und erdröhnte; bald stand sie in einem Flammenmeer, bald hüllte sie sich in unheimliches Dunkel. Und kein Tropfen Regen fiel und löschte die Glut.

Ein Zittern und Jagen kam über Waltraud. Sie stand auf und schloß die Türen. Ob sie doch Barbe oder die Kinder rufen sollte? Ein Augenblick des Zauderns nur, dann sah sie, daß die ersten, schweren Regentropfen fielen, und bald strömte der Regen hernieder, als hätten sich alle Schleusen des Himmels geöffnet. (Fortsetzung folgt.)



Heidenheim, 13. März. (Eine nachahmenswerte Tat.) Ein fleißiger Landwirt hatte während der Inflationszeit von einer alten Rentnerin einige Wiesen gekauft, die er damals mit einem Betrag vergütete, für den man ein fettes Schwein erlösen konnte. Nachdem nunmehr die betreffenden Wiesen bei einem Geländeaufkauf durch die Stadt in städtischen Besitz übergingen, gab der betreffende Landwirt der inzwischen verstorbenen Rentnerin die Summe von 700 Mark. Die Rentnerin konnte ihr Glück kaum fassen.

Mannheim, 13. März. (Die Erwerbslosen.) Am 3. März betrug die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim, öffentlicher Arbeitsnachweis für den Amtsbezirk Mannheim, gemeldeten Arbeitslosen 23 810, was gegen die Vorwoche einen Rückgang um 485 darstellt. Es wird jedoch damit gerechnet, daß mit einem Steigen der Ziffer in der kommenden Betrachtungswoche zu rechnen ist.

Freiburg, 13. März. (Berlagsdirektor Colas.) Nach kurzer Krankheit ist der langjährige frühere Verleger der „Straßburger Post“, Fritz Colas, im Alter von 70 Jahren gestorben. Als die Kranksorgen in Straßburg eintrafen und die Drucker der „Straßburger Post“ beschlagnahmen, stellte Colas nach Karlsruhe und später nach Freiburg über.

Freiburg, 13. März. (Die Weiterführung der Teuringertalbahn über Neuhaus, Fuchstobel, Urnau ins Badische hinein bis Mittelhofen wird von der Stadt und Industrie Freiburgs in letzter Zeit wieder energisch betrieben. Drei Viertel der Baukosten sollen bereits sichergestellt sein. Die Neubaustrecke beträgt 10 Kilometer und die Kosten sind auf eine Million Mark veranschlagt. Das Reich will ein Viertel zu den Kosten beitragen, wenn dies von Württemberg und Baden auch geschieht.

### Geriatsaal

Ein Kriminalbeamter vor Gericht  
Stuttgart, 13. März. Das Amtsgericht hat den Kriminalbeamten Lint wegen gefährlicher Körperverletzung und Körperverletzung im Amt zu insgesamt 130 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Freund von ihm namens Wolf erhielt 20 Mark Geldstrafe. Nach der „Südd. Arbeiterzt.“ hatten Lint und Wolf einen Reichswehrgefreiten bei einer Auseinandersetzung schwer verletzt.

### Totschlag

Mm, 13. März. Vor dem Schwurgericht hatte sich der 18jährige Arbeiter Johann Reinhardt aus Hart, O.L. Saigerloch, wegen Totschlages zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 23. Januar in Dürmentingen, O.L. Riedlingen, den 60jährigen Arbeiter Aug. G. Reinhardt, der einen Angriff auf den Vater des Angeklagten gemacht hatte, mit einem Revolver erschossen. Wegen des Weisbilds saß Sündel unter den „Menschen“. Das Urteil lautete auf 2 Jahre und 1 Woche Gefängnis wegen Totschlages und unehrlichen Tragens einer Waffe.

### Ein Betrugsprozess

Karlsruhe, 12. März. Das große Schöffengericht verhandelte in 10tägiger Sitzung gegen den 47jährigen Kaufmann Peter Friedrich aus Wehrich wegen Betrugs, Unterschlagung, Kontowertens und Verleidungsbruchs. Die Anklage warf ihm vor, daß er in den Monaten Mai bis Dezember 1924 sich Darlehensbeträge in Höhe von 300 bis zu 10 000 Mark, insgesamt eine Summe von rund 60 000 Mark, verschaffte, ohne daß er die Möglichkeit besaß, die Darlehen in den ausgemachten Beiträgen zurückzubehalten. Das Gericht kam unter Zustimmung mildernder Umstände zur Verurteilung des Angeklagten zu 1 Jahre 4 Monaten Gefängnis abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft. Die mitangeklagte Ehefrau, welche die Sicherungs- und Heberungsverträge zum Teil mit unterschrieben hatte, erhielt wegen Beihilfe zum Betrug 3 Monate Gefängnis bei Strafurlaub auf Wohlverhalten.

### Wegen Amtsunterschlagung verurteilt

Mannheim, 11. März. Wegen Amtsunterschlagung in Höhe von RM. 2200.— wurde vom hiesigen großen Schöffengericht der Polizeibeamte Heinrich Reinhardt von Heddesheim zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten verurteilt. Das Gericht nahm an, daß Reinhardt der Verführung des früheren Reichsrichters Hermann Günther von Heddesheim zum Opfer gefallen ist, der ebenfalls wegen Unterschlagung von 10 000 Mark zum Nachteil der Gemeinde Heddesheim in Untersuchungshaft sitzt.

### Aus Stadt und Land.

Durlach, 13. März. Unter äußerst zahlreicher Beteiligung aus allen Berufs- und Bevölkerungsklassen fand heute nachmittag die Beisitzung des im 58. Lebensjahr einem Herzschlagelegenen Direktors Fritz Diesfeld, seit 1915 Vorstandsmittglied der Badischen Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. G. Sebold und Sebold u. Neff, statt. Sowohl Ausschritt wie Vorstand, ferner die technischen und kaufmännischen Angestellten und die Arbeiterchaft des ausgedehnten Betriebes hatten dem Entschlafenen warme Nachrufe gewidmet, in denen seine umfassenden Kenntnisse, seine reichen Erfahrungen und nie ermüdete Arbeitskraft gerühmt worden sind. Die Einsegnung der Leiche nahm Kaplan Seibel in der Trauerhalle des hiesigen Friedhofes vor. Nachdem die Orgel erklingen, legte sich der lange Zug nach der letzten Ruhestätte Diesfelds in Begleitung. Nachdem der Geistliche die letzten Gebete gesprochen und eine nochmalige Einsegnung der Leiche vorgenommen, trat Dr. Somburger (in Firma Zeit L. Somburger, Karlsruhe) ans offene Grab und midmete namens des Ausschritts und Vorstands dem Heingegangenen in bewegten Worten einen flempfunden Nachruf, worin er das zielbewusste und bewährte Wirken des Verstorbenen trotz großer Stimmungen, die sich ihm in schweren Zeiten entgegenstellten, der Trauervereinsammlung nochmals vor Augen führte; gleichzeitig legte der Sprecher einen prachtvollen Lorbeerkranz am Grabe nieder. Das gleiche tat Oberingenieur Willy Casparz namens der Prokuristen. Weitere Kränze wurden unter entsprechenden Ansprachen niedergelegt von einem Vertreter des Verbandes der Metallindustrie Mittelbadens, dessen Vorstandsmittglied Diesfeld war, von den Angestellten und Arbeitern des Werks. Auch von Karlsruhe und weiterher hatten sich zahlreiche Leidtragende eingefunden, ebenso Oberbürgermeister Joeller.

Durlach, 15. März. Am Samstag abend 11.30 Uhr verunglückte der Geschäftsführer des hiesigen Konsumvereins Magnus Dörner zwischen Grimmetersbach und Wolfartsweiler durch Sturz vom Rad. Er erlitt anscheinend innere Verletzungen und wurde in bewußtlosem Zustand ins hiesige Krankenhaus gebracht.

Durlach, 14. März. Vor kurzem fand die Jahresversammlung des Ortsausschusses der Arbeiterwohlfahrt Durlach statt. Die Tagesordnung umfaßte den Tätigkeitsbericht, ferner den zukünftigen Arbeitsplan. Hier nahm in der Aussprache die Frage der Kindererziehungsfürsorge den breitesten Raum ein. Der Tätigkeitsbericht gab einen Überblick über die Gliederung der hiesigen Arbeiterwohlfahrt und des

Wirkungsfeldes der einzelnen Abteilungen. Zunächst vertritt der Ortsausschuß die auf dem Gebiete des Fürsorgewesens liegenden Interessen der Arbeiterschaft und der ihnen nahe stehenden Schichten der Bevölkerung. Er hat die Vertretung der Arbeiterschaft in den verschiedenen Kommissionen erreicht und durchgesetzt, daß die Arbeiterwohlfahrt neben den beiden anderen großen Wohlfahrtsverbänden gleichberechtigt und geachtet besteht. Auch die gebührende Mitwirkung in der Führung der Schulaufsichten ist gewährleistet. In der übrigen sozialen Arbeit gliedert sich der Ortsausschuß in einzelne Abteilungen. Die Familienpflege obliegt einem Ausschuss, in dem unter Mitwirkung des Gesamtvorstandes Vertrauensfrauen der in 6 Bezirke eingeteilten Stadt systematisch die Fälle der Not aufdecken. Aufgabe des Ausschusses ist es dann, entweder die Fälle zur amtlichen Fürsorge weiterzuleiten oder selbst helfend eingzugreifen, vor allem dann, wenn Dringlichkeit besonders geboten oder die Notlage nur vorübergehend ist. Im letzten Jahre wurden so 129 Familien von uns selbst unterstützt, ferner eine große Anzahl mit Weihnachtspaketen beschenkt. Des weiteren besteht ein von 3 Frauen geleiteter Nähhaus. Im Winterhalbjahr finden Nähkurse statt, die durchschnittlich von 25 Frauen und Mädchen jeweils besucht sind. Ferner findet wöchentlich ein Fürsorge nähen statt, wo in einer sehr großen Anzahl von Fällen die vom Pflegeausschuß übermiesenen Aufträge ausgeführt werden. Die Kindererziehungskommission führte die Ferienwanderungen durch. Über 20 Frauen und erwachsene Mädchen stellten sich als Führerinnen zur Verfügung; durchschnittlich beteiligten sich an den 2mal wöchentlich ausgeführten Wanderungen 250-300 Kinder. Sämtlich Kinder wurden dabei jeweils mit Brot, Butter, Käse und Limonade versorgt. Unsere Frauen klagen sehr darüber, daß in der Nähe Durlachs kein gebodeter Raum vorhanden ist, in dem bei schlechtem Wetter die Kinder untergebracht und versorgt werden können.

Durlach, 15. März. Den Reichsbannerleuten von Baden sei zur Kenntnis gebracht, daß die Ortsgruppe Durlach am 19. und 20. Juni ds. Js. ihre Bannerweiche abhält, verbunden mit Kreisbannerverweiche. Trotz der schweren wirtschaftlichen Krise hat sie sich vorgenommen, das Fest zu einem würdigen zu gestalten. Es ist das erste Mal seit Bestehen der Ortsgruppe, daß sie mit einem Fest an die Öffentlichkeit tritt. Die Industriestadt Durlach mit ihrer freudig geäußerten Bevölkerung ist historischer Boden. Besonders war es die Durlacher Arbeiterschaft, die von jeher ihren Mann gestellt hat auf allen Gebieten, so auch im Reichsbanner. Das Programm ist so aufgestellt, daß jeder auf seine Rechnung kommen dürfte. Ein schöner Festplatz mit Festhalle wird bei jedem Wetter die Gäste angenehm unterbringen, hervorragende Redner werden zu den Verammelten sprechen. Konzerte im Schloßgarten, Beleuchtung des Turmberges etc. sorgen für angenehme Bewirtung. Die Eintrittspreise sind so gestellt, daß jeder die Feier besuchen kann. Für Quartiere, gute und billige Verpflegung ist die Festleitung besorgt. Reichsbannerkameraden allerorts rüsten zu Kreisbannerverweiche am 20. Juni ds. Js., die ein Massenaufgebot sein soll, das den Gegnern beweise, daß Republikaner da sind, wenn es gilt, die Republik zu schützen. Darum am 20. Juni auf zur Kreisbannerverweiche in Durlach!

— Bevölkerungsbewegung in Baden. Die Bevölkerungsbewegung in den Jahren von 1830 bis 1925 zeigt eine fast ununterbrochen aufsteigende Linie. Sie hat sich in dieser Zeitperiode nahezu verdoppelt. Während man im Jahre 1830 noch 1 260 471 Personen, davon 587 037 männliche und 673 374 weibliche, zählte, ergab die letzte Volkszählung 1925 eine Bevölkerungsziffer von 2 312 482, darunter 1 154 474 männliche und 1 158 008 weibliche Personen. Auf einen Quadratkilometer Landesfläche kamen 1830 79,7 Einwohner, im letzten Jahre 153,4. Auf 100 männliche Einwohner kommen durchschnittlich 105 weibliche.

— Die kulturelle Bedeutung des Rundfunks. Von der Südd. Rundfunk-G. in Stuttgart wird uns geschrieben: Es wird niemandem einfallen, die große kulturelle Bedeutung des Rundfunks zu unterschätzen, zu verlernen, daß der Rundfunk ein geistiges Aderweck darstellt, das in seiner Verteilung, allen Schichten der Bevölkerung Anregung, Aufklärung und Erkenntnis zuführt. Dennoch wird es nicht überflüssig sein, von Zeit zu Zeit tatsächlich Einzelfälle hervorzuheben, an denen deutlich wird, daß die durch den Rundfunk vermittelten Kenntnisse auf die praktische Lebensgestaltung des Einzelnen, ja auf Lebensschicksal und Lebensglück ganzer Familien, entscheidenden Einfluß gewinnen können. Dem Südd. Rundfunk in Stuttgart sind in den letzten Wochen von Leiter einer Privatheilstalt für chirurgische und Traumatrankeheiten in Günsburg zwei Schreiben zugegangen, in denen mitgeteilt wird, daß kurz nacheinander zwei Frauen, angezogen durch den Rundfunkvortrag eines Arztes über Arteriosklerose und ihre Bekämpfung, sich zu rechtzeitiger Operation beginnender Brustkreise entschlossen und dadurch aller Voraussicht nach dauernde Heilung gefunden haben. Der leitende Arzt schreibt: „Beide Fälle haben also die rechtzeitige Operation Ihrem ausführenden Vortrage über Krebs zu verdanken.“ Es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn aus den Kreisen der Rundfunkteilnehmer in allen den Fällen kurze Mitteilungen ergingen, in welchen die durch die Rundfunkvorträge gegebenen Anregungen die praktisch Lebensgestaltung entscheidend beeinflussen.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Identität Hau's festgestellt. Wie die Blätter aus Rom melden, ist die Identität des in Triest bei Rom aufgefundenen Toten mit Dr. Karl Hau festgestellt. Es ist jedoch noch nicht erwiesen, auf welche Weise Hau den Tod gefunden hat. Eine Obduktion der Leiche führte zu dem Ergebnis, daß ein Schlaganfall vorgelegen hat. Es wird allerdings von den Verzeihen auch die Möglichkeit gegeben, daß Selbstmord durch Vergiftung erfolgt ist.

Der Kronprinz bezieht keine Pension. Gegenüber der in einem Teil der Presse enthaltenen Behauptung, der frühere deutsche Kronprinz beziehe eine Pension, wird mitgeteilt, daß der Kronprinz niemals einen Pfennig Pension bekommen, erhoben oder beantragt hat.

Epidemie auf einem Südamerika-Dampfer. Die „S. Z.“ meldet aus Buenos Aires, daß infolge einer Masernepidemie und des Auftretens von Lungenentzündungen an Bord des Dampfers „Belvedere“ während der Ueberfahrt von Triest nach Buenos Aires 30 Personen gestorben sind.

Verhandlungen über einen polnisch-russischen Freundschaftsvertrag. Das Berliner Tageblatt meldet aus Moskau: Zwischen der Sowjetunion und Polen wird augenblicklich über den Abschluß eines Freundschaftsvertrages verhandelt. Polen will hierbei die belästigten Staaten in den Vertrag einbezogen wissen und die Sowjetunion als Garant für diese Staaten sehen, was Russland unbedingt ablehnt.

### Deutsches Weiberei

Starke Zunahme des Schulbrosches. Die Anmeldungen für das zu Orien beginnende Schuljahr haben sich gegenüber dem Vorjahr in fast allen deutschen Städten und Gemeinden Deutschlands fast verdoppelt. Die Ziffern für Karlsruhe wurden bereits mitgeteilt. Sie lauten für Frankfurt a. M. 7500 (Vorjahr 4300), Leipzig 10 489 (5149), Nürnberg 7005 (3789), Chemnitz 6100 (3000), Ulm 1180 (680), Weisbrunn 690 (387), Würth 2065 (1037), Bamberg 830 (297), Hanau 780 (365). Auch in den nächsten Jahren dürfte dieses Verhältnis noch fortbauern.

Der herbende Weinbau. Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich weist für die Oer Jahre im Reich eine Weinbaufläche von 135 000 Hektar nach. Im Jahr 1900 fanden noch rund 120 000 Hektar in Kultur. Dann ging es unaufröckfom rückwärts, bis die im Extrat stehende Weinbaufläche im Jahre 1913 auf 80 243 Hektar gesunken war, ein Beweis dafür, daß der Weinbau schon in der Vorkriegszeit auf dem Abwärtskurs stand. Die neueste Statistik weist nun einen weiteren Rückgang der Weinbaufläche nach. Sie betrug laut der Statistik des Deutschen Reiches erstes Vierteljahrhundert 1925: 1920: 81 570, 1921: 82 082, 1922: 83 638, 1923: 83 223, 1924: 82 600, 1925: 81 791 Hektar. Nach dem Kriege hat also der Weinbau wieder mit dem Aufschwung begonnen. Der spanische Handelsvertraa hat ihn wieder eskümt und schon liegen wieder rund 2000 Hektar, d. i. 2000 Morgen, Weinbergsland verödet.

Die Auswanderung aus Deutschland. Nach der vorläufigen Zusammenfassung, die das Statistische Reichsamt in Wirtschaft und Statistik veröffentlicht, haben im Jahre 1925: 62 643 Deutsche die Heimat verlassen. Diese Zahl ist etwas höher als die von 1923 mit 115 416, nachdem die Auswanderung in den Jahren 1922 und 1921 rund 38 000 bzw. 23 000 Personen hatte. Gegenwärtig bemest sich die Auswanderung auf mehr als der doppelten Höhe der Vorkriegsauswanderung, die seit 1895 (mit 120 000 Auswanderern) fast ohne Unterbrechung gesunken war. Auf rund 100 000 Einwohnern entfallen an Auswanderern: in Preußen 75, Bayern 101, Sachsen 75, Württemberg 190, Baden 201, Thüringen 84, Hessen 79, Hamburg 298, Oldenburg 168, Preussisch-Polen 74, Anhalt 42, Bremen 43, Elbe 44, Mecklenburg-Schwerin 62, Mecklenburg-Strelitz 38, Welfed 69 und in Schaumburg-Elbe 43.

Eine Insel im südlichen Atlantische Ozean verlaufen. Das deutsche Vermessungsschiff „Meteor“, das aus dem südlichen Atlantischen Ozean zurückkehrt ist, berichtet, daß die Insel Thompson, 80 Meilen nordwestlich der Insel Bouvet vollständig verschwunden sei.

Auffindung einer Ruinenstadt in Ecuador. Major Souverba von der Armeo Ecuador hat im Suca-Gebirge in der Provinz Cacha eine sich über 5 Kilometer erstreckende präkolumbische Ruinenstadt entdeckt. Die Regierung hat beschlossen, zur Erforschung der Ruinen eine Expedition unter Leitung des deutschen Archäologen Max Sule zu entsenden.

300 Gemälde gestohlen. Nachts hat eine internationale Einbrecherbande aus einer amerikanischen Gemäldegalerie 300 Bilder gestohlen.

### Neueste Nachrichten.

Verfälschung im Befinden Fehrenbachs.  
T.U. Freiburg, 14. März. Das Befinden des Reichskanzlers Fehrenbach hat sich wesentlich verschlechtert. Die natürliche Nahrungszufuhr hat fast ganz aufgehört. Die Kräfte nehmen zusehends ab. Der Kranke ist die meiste Zeit ohne Besinnung. Die Ärzte geben so gut wie keine Hoffnung.

Die neuen Vermittlungsvorschläge.  
T.U. Genf, 14. März. Die vertrauliche Besprechung der Ratsmitglieder, die um 1/5 Uhr stattfinden sollte, ist vorläufig verlag worden. Auch die für heute nachmittag vorgesehene Besprechung zwischen Dr. Strefemann und Briand hat noch nicht stattgefunden. Heute nachmittag unternahm D. Strefemann eine Autofahrt nach Dugby bei Lausanne. Abends sind Reichskanzler Dr. Luther und Dr. Strefemann Gäste des schwedischen Außenministers Lindén.

In Kreisen der deutschen Delegation wird die Lage nach wie vor sehr ernst beurteilt. Im Vordergrund der Besprechungen des heutigen Tages steht der deutsche Vorschlag auf Einsetzung einer Ratskommission zur Bearbeitung des Problems der Erweiterung des Rates und die dieser Kommission zu erteilenden Direktiven; ferner die Frage des Verzichts eines nichtständigen Ratsmitgliedes auf seinen Sitz, der von der Vollversammlung neu besetzt werden soll. In den Nachmittagsstunden war im Völkerbundspalais die Anschauung verbreitet, daß es sich bei dem Verzicht eines Ratsmitgliedes nur um die Tschechoslowakei oder Belgien handeln könne, während man in den Kreisen der französischen Delegation davon sprach, daß vier Ratsmitglieder auf ihren Posten verzichten sollen und von der Vollversammlung die vier freiwerdenden Posten durch Wahlen besetzt werden, um Polen die Gelegenheit zu geben, auf einen nichtständigen Ratsitz zu kandidieren.

Chamberlain optimistischer.  
T.U. Genf, 14. März. Sir Austin Chamberlain empfing Sonntag nachmittag die englische Presse und gab ihr die Erklärung ab, daß bisher kein Rücktrittsgesuch eines nichtständigen Ratsmitgliedes eingegangen sei. Doch liege das Problem in der Luft und könnte jeden Augenblick akut werden. Er fügte hinzu, daß er es nicht für ausgeschlossen halte, daß auf diesem Wege die Lösung des Genfer Problems gefunden werden könne. Die Ausführungen trugen im Vergleich zum Samstag einen optimistischeren Charakter.

Briand bei Strefemann.  
T.U. Genf, 14. März. Ministerpräsident Briand erwiderte heute in der achten Abendstunde den Besuch des Reichsaußenministers Dr. Strefemann im Hotel Metropol.

Erfolge Verzeignis in England. „Deutschland braucht nichts zu fürchten.“

T.U. London, 15. März. Die Sonntagsblätter geben ihrem Abschluß über die Intrigen Frankreichs und seiner Trabanten in spaltenlangen Artikeln mit scharfen Worten Ausdruck. Alle Feinde des Vertrages von Locarno, schreibt der „Observer“, jubilierten und alle Freunde seien angeekelt. Amerika sei jetzt dem Völkerbund mehr entfremdet als je zuvor. Die korrekte Haltung der deutschen Delegation wird hier überall hervorgehoben. Der „Observer“ versichert, daß man in Deutschland nichts zu fürchten brauche. Man werde Deutschland zum Sündenbock machen, falls die Sache schief ablaufe. Ueber die Ursachen der Genfer Vorgänge herrsche Einstimmigkeit.

Ein Blatt vergleicht die Lage mit der des Jahres 1914. Hätte Großbritannien damals seine Absichten klar ausgesprochen, so würde es nie zum Kriege gekommen sein. Aber die gleiche Taktik, die damals das Unglück heraufbeschworen hätte, habe auch die heutige Situation



geschaffen. Falls es Austir Chamberlain, nicht noch in letzter Stunde gelingen sollte, einen Ausweg zu finden, so müsse seine Stellung als endgültig erschüttert angesehen werden.

#### Das Ende eines Schwindels.

T.U. Berlin, 15. März. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Genf: Nunmehr wird auch amtlich das Tendenzgericht demontiert, der schwedische Delegierte Linden habe das Angebot gestellt, zurückzutreten, damit dieser Sitz Polen überwiesen werden könne.

#### Katzenjagd in Genf.

T.U. Berlin, 15. März. Wie die „Montagpost“ aus Genf meldet, habe man am Sonntag von einer Lösung gesprochen, die allgemein als verhängnisvoll angesehen werde. Es heißt, man solle die Beratung des deutschen Aufnahmeantrages in der Vollversammlung am Dienstag auf den September verschoben lassen. Chamberlain habe sich Sonntag abend zu englischen Journalisten sehr pessimistisch ausgesprochen. Er soll die Verhandlungen seit Sonntag abend für vollkommen aussichtslos halten.

#### Eisenbahnzusammenstoß in der Nähe von Paris.

T.U. Paris, 15. März. Am Samstag abend um 7,30 Uhr stieß eine Lokomotive mit einem Personenzug un-

weit von Paris auf dem Bahnhof Boucy-Bonneuil zusammen. Beide Lokomotiven entgleiten. Von dem Personenzug wurden zwei Wagen erster Klasse schwer beschädigt. 36 Personen sind zum Teil schwer verletzt worden.

### Turnen Spiel und Sport.

#### Um die süddeutsche Meisterschaft.

Fußball-Sportverein Frankfurt — Fürtch 1:2  
Saarbrücken — F. R. Mannheim 1:2  
K.F.V. — F.C. Bayern München 3:6

K.F.V. — F.C. Bayern München 3:6 (1:1 Ecken 3:10).

Für die badische Landeshauptstadt war dieser Tag das größte fußballportliche Ereignis dieses Jahres. An die 15 000 Menschen waren Zeuge eines fair durchgeführten, in allen Teilen spannenden Spieles. Die Bayern erzielten schon in der 1. Minute durch Eckball ihr 1. Tor, während K.F.V. durch Elfmeterschuß ausgleicht. Die Verteidigung des mürr. badischen Meisters arbeitet vorzüglich und verhindert bis zur Halbzeit weitere Erfolge der Bayern. Nach der Pause allerdings erzielen die unheimlich flinken Bayern Stürmer 5 weitere Tore, denen der K.F.V. nur 2 gegenüberstellen kann. K.F.V. war auch heute wieder mit den Schüssen von Pech ver-

folgt und konnte auch dieses Spiel, genau wie alle anderen zuvor, nur mit Erfolg bestreiten. So war der Linksaußenposten mit einem Erschmann besetzt, während die Stelle des Mittelstürmers Vogel von dem alten Kämpfer Gottfr. Fuchs eingenommen wurde. Die Leitung des in einem außerordentlich schnellen Tempo durchgeführten Spieles lag in den Händen von Sachverständiger Franz-Frankfurt. Die Leistung dieses Unparteiischen konnte restlos befriedigen. — Die Mannschaften standen: K.F.V.: Eberlein; Trauth, Huber; Ege, Grohe, Wolz; Meyer, Kaffner, Gottfr. Fuchs, Reeb, Würzburger.  
F.C. Bayern: Bernstien; Schmid 1, Kutterer; Hofmeister, Jäger, Nagelschmid; Kienzler, Dietl, Pöttinger, Schmid 11, Hofmann.

	Sp.	Gew.	Une.	Verl.	Tore	Punkte
F.C. Bayern	6	5	1	—	38:7	11
Fürtch	6	5	1	—	18:9	11
F. R. Mannheim	5	2	1	2	7:17	5
Saarbrücken	4	—	1	3	5:16	1
Frankfurt	3	—	—	3	4:10	0
K.F.V.	4	—	—	4	4:17	0

#### Natürliches Wetter für Dienstag.

Die Wirkung von Randstörungen des nördlichen Tiefes hält an. Für Dienstag ist weiterhin veränderliches, zeitweise bedecktes und zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

## 2 Teller Suppe für nur 13 Pfennig

erhalten Sie mühelos auf die einfachste Weise — durch kurzes Kochen mit Wasser — in reichster Sortenauswahl

aus **MAGGI'S** Suppen-Würfeln.



#### Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.

Nachdem unter dem Viehbestand der Melerei Augustin Schwarz hier, Karl-Wilhelmstraße 66, Maul- und Klauenseuche festgestellt worden ist, werden hiermit folgende Anordnungen getroffen:

#### A. Sperrbezirk.

Das Sperrgebiet bildet einen Sperrbezirk mit den aus § 161 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsviehseuchengesetz sich ergebenden Wirkungen.

#### B. Beobachtungsgebiet.

Der durch die Durlacher Allee und die Karl-Wilhelmstraße begrenzte Stadtteil der Dinstadt bildet das Beobachtungsgebiet mit den aus § 165 der Ausführungsverordnungen zum Viehseuchengesetz sich ergebenden Wirkungen.

Karlsruhe, den 12. März 1926. (D. 3. 45).  
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

#### Maul- und Klauenseuche in Sagsfeld erloschen.

Die Maul- und Klauenseuche in Sagsfeld ist erloschen.  
Karlsruhe, den 12. März 1926. (D. 3. 44).  
Bad. Bezirksamt — Vbt. II b.

#### Maulkorbzwang für Hunde.

Aufgrund der §§ 89, 103 Abs. 3 des R. Str. G. B. wird mit Zustimmung des Bezirksrats und nach Vollziehbarkeitsklärung durch den Herrn Landeskommissär, unter gleichzeitiger Aufhebung der bezirkspolizeilichen Vorschrift für die Landorte des Amtsbezirks Karlsruhe vom 24. II. 1865, sowie der bezirkspolizeilichen Vorschrift für den ehem. Amtsbezirk Durlach vom 25. November 1899 für den Amtsbezirk Karlsruhe — mit Ausnahme der Städte Karlsruhe und Durlach — folgende

#### bezirkspolizeiliche Vorschrift erlassen:

#### § 1.

Hunde, die eine Neigung zur Böswilligkeit zeigen, insbesondere solche, die schon Menschen gebissen haben, müssen außerhalb der Wohnung des Besitzers und an allgemein zugänglichen Orten mit einem das Beißen verhindernden, wohl befestigten Maulkorb versehen sein.  
Der Maulkorb ist vorchriftsmäßig, wenn durch Bänder oder ein Netzwerk das Durchschieben der Schnauze verhindert wird. Die Schnauze freilassende Nasenriemen gelten nicht als Maulkorb.

#### § 2.

Von der Vorschrift sind ausgenommen:

1. Hunde während der Benützung zur Jagd;
2. Hirtenhunde während der Hut;
3. Bullterrierhunde während des Dienstgebrauchs;
4. Blindenhunde während der Dauer der Führertätigkeit;
5. Wachhunde in derart umzäunten Räumlichkeiten, die eine Gefährdung Vorübergehender durch Durchschieben der Schnauze oder Leberbringen des Hundes ausgeschlossen ist.
6. Hunde, die an der Leine geführt werden.

#### § 3.

Frei umherlaufende Hunde müssen mit Halsbändern versehen sein, die Namen und Wohnort oder Wohnung des Besitzers ersehen lassen. Auf Ansuchen kann das Bezirksamt ein sonstiges, die Zugehörigkeit des Hundes sicherstellendes Kennzeichen zulassen.

Hunde, welche nicht das vorgezeichnete Halsband oder Kennzeichen tragen, werden vorbehaltlich der Bekämpfung der Viehseuche — eingefangen und, wenn sie bis zum Ablaufe des zweiten Tages nicht von dem Besitzer unter Vorzeigeln der Quittung über die an die Gemeindefiskus geleistete Zahlung einer Gebühr von 2 — abgeholt werden, getötet. (§ 24 der Bad. Vollz. B. D. zum Vieh. G. B. vom 29. April 1912).

#### § 4.

Wer dem § 1 oder 2 zuwiderhandelt, wird mit Geld bestraft. Auch kann die Tötung des Tieres vom Bezirksamt angeordnet werden. (§ 103 R. Str. G. B.).

Zu widerhandlungen gegen den § 3 dieser Vorschrift werden mit Geld oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. (§ 89 R. Str. G. B.).

#### § 5.

Diese Vorschrift tritt am 1. April 1926 in Kraft.

Karlsruhe, 12. März 1926. (D. 3. 43).  
Bad. Bezirksamt Vbt. II b.

## Städtische Sparkasse Durlach.

— Mündelsichere öffentliche Bankanstalt. —  
Reichsbank-Giro-Konto Karlsruhe, Postcheckkonto 1218 Karlsruhe.

Annahme von Spareinlagen bei bestmöglicher Verzinsung. — Giro-, Scheck- und Konto-Korrentverkehr. — Reisekreditbriefe, — Darlehens- u. Kreditgewährung gegen Sicherheitsleistung auf Hypothek, Bürgschaft u. Unterpfand. — Ankauf von Wechseln, An- und Verkauf, sowie Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren aller Art. — Besorgung von Devisen. — Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte bei kulanter Bedienung.

#### Kassenstunden:

vorm. 8—1/2 Uhr, nachm. 1/2—1/6 Uhr  
Samstag 8—1 Uhr.

Die Geschäftsleitung.



Die Gemeinde Stupferich verteidigt am Mittwoch, den 17. März beginnend vorm. 8 Uhr aus ihrem Gemeindevah folgende Stämme und Abschnitte:

- 2. Klasse und 6 Stück 3. Klasse.
  - Fichtenabschnitte:
    - 5 Stück 1. Klasse, 4 Stück 2. Klasse.
  - Fichtenstämme:
    - 10 Stück 2. Klasse, 6 Stück 3. Klasse, 70 Stück 4., 5. und 6. Klasse.
  - Eichen:
    - 6 Stück 2. Klasse, 8 Stück 3. Klasse, 9 Stück 4. Klasse und 20 Stück 5. Klasse.
  - Buchen:
    - 1 Stück 1. Klasse und 1 Stück 2. Klasse.
  - 15 Stück Lärchen 4., 5. und 6. Klasse.
- Zusammenkunft beim Rathaus Stupferich, den 10. März 1926.  
Der Gemeinderat.

## Färberei Printz

Chemisches Reinigungswerk und Plissieranstalt

Annahmestellen in  
Durlach, Hugo Steinbrunn, Hauptstr. 45  
Grötzingen, Firma August Heidinger,  
Manufakturwaren, Bismarckstr. 13  
Söllingen, Theodor Schauler, Kaufmann

## Sichere Existenz!

Für die Uebernahme der hochlohnenden Fabrikation bedeutender chem. techn. Maschinenartikel Interessenten gesucht. Fachkenntnisse nicht nötig, da Anlita. d. Fachmann erfolgt. Erforderl. Kapital Mk. 400.—  
Näheres durch Chemische Fabr. Franz Jonas Zeit.

Berufsmüller erteilt gründlichen  
Violin- und Mandolin-Unterricht.

Anmeldungen Hauptstraße 70 IV. I.

## Lyra. Schenkt Lederwaren

Seit abend 8 Uhr Zusammenkunft in der „Krone“ wegen Ständchen.

Zur Vorkauf.

Empfehle morgen auf dem Wochenmarkt:  
**Ia Gefrierfleisch**  
Emil Schneider ja.

**Gut möb. Zimmer**  
an soliden ruh. Mieter abzugeben  
Dürbachstr. 16 I.

**Möbl. Zimmer**  
zu vermieten. Zu erfragen im Verla.

**Starke Erdbeerplanzen**  
Madame Monkton (Hindenburg) 100 Stk. 5.—  
Markt, zu verkauf. D. selbst ist ein

**Grundstück**  
am Turmberg (Drahtseilbahn) zu verkaufen.  
Graff, Grötzingen  
Rosalienberg.

## Zwangsvorsteigerung.

Dienstag, den 16. März 1926, nachmittags 2 Uhr werd' ich im Pfandlokal in Durlach gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich versteigern:  
13 Schneidernähmaschinen, 1 Saloneinrichtung, bestehend aus Sofa mit Umbau, 6 Polsterstuhl, 1 Silberkränchen, 1 Kredenz, 1 Eich. Tisch.  
Durlach, den 15. März 1926.  
Der sog. Gerichtsvollzieher.

## Schuhwaren

Große Posten Schuhe in jeder Art, nur gute Qualitäten zu billigen Preisen, da keine Ladenspesen

Schuh-Atlagenge schlitt  
**R. Maier**  
Karlsruhe, Herrenstraße 16, 1. Trepp.

## Altpapier, Alteisen, Lumpen, sowie Metalle

kauft stets zu äußersten Tagespreisen  
**S. Blech, Schloßstraße**  
Telephon 403.

## Allein-Vertretung

für autingeführte patentierte Apparate soll durch Vergebung der bezirkswiseen Alleinvertretung eine

großzügige Verkaufszugorganisation geschaffen werden. Vornehme Tätigkeit bei hohem Verdienst. Besonders geeignet für abgebaute u. pensionierte Beamte. Zur Uebernahme unbedingt notw. Anlieferungs- und Lager, da reines Raffinage, sind einige hundert Mark erforderlich.

Bewerbungen mit genauer Angabe bisheriger Berufstätigkeit an Schließfach 511 Stuttgart.

## Kaufmanns Spezial-Geschäft

für Konfirmation und Kommunion zu billigsten Preisen

**Kaufmanns Spezial-Geschäft**  
für Offenbacher Lederwaren  
Karlsruhe Kaiserstraße 243 Karlsruhe

## Ortsverein Durlach der zurückgekehrten Beamten u. Beamtenwitwen

Dienstag, den 16. März, abends 8 Uhr findet im Gasthaus zur „Traube“ hier, Nebenzimmer, unsere diesjährige Jahresversammlung statt, wozu unsere verehr. Mitglieder zu reichem Erscheinen eingeladen werden.  
Der Vorstand.

## Oeffentl. Vorträge

in der Lesungsschule (alte Kaserne) Zimmer 1 Durlach  
Dienstag, den 16. März, abends 8 Uhr  
**Blutige Saat und blutige Ernte**  
Freitag, den 19. März, abends 8 Uhr  
**Harmagedon und das Wetterleuchten des Offens**  
Jedermann herzlich einladen. Eintritt frei.

## Anfertigung feiner Herren- u. Damengarderoben.

Muster von hervorragender Neuheit.

**Josef Schweitzer,**  
Herren- u. Damenschneidererei  
Südenstrasse 1 (Häuserblock).

## Nähmaschinen

liefert billig zu mäßigen Monatsraten.  
Adresse unter Nr. 104 an den Verlag.

Ein ehrliches, fleißig.  
**Mädchen,**  
nicht unter 18 Jahren, für Haus- und Feldarbeit aufs Land gesucht. Zu erfragen im Verlag d. Bl.

**Möbl. Zimmer**  
zu vermieten. Zu erfragen im Verlag.

**Schönes Zimmer**  
sodort zu vermieten u. ein weicher Möb. Gas-herd mit Gekell zu verkaufen. Zu erfragen im Verlag.

Zu verkaufen ein Paar neue feine **Halblederhiesel**  
Nr. 39, weil zu klein, zur Hälfte des Anschaffungspreises. Zu erfragen im Verlag.

## „Nissin“ gegen Kopfläuse

Nichts anderes nehmen  
Einhorn-Apotheke  
Läwen-Apotheke.

Im Räume haben Zweigen, sowie im Umfassen empfiehlt sich  
**R. Debatin,**  
Vaderstr. 8.

**Saalkartoffel,**  
frühe Oberwürder blau und ideale Industriest. sind zu haben  
Schwanenstr. 5.

**Dunglachfab**  
billig abzugeben. Zu erfragen im Verlag.

**Einige Liter Milch**  
sind abzugeben  
Ane, Durlachstr. 142.

**Pferde-Verkauf.**  
2 kräftige Zug-herde (Schubler) sind abzugeben  
Eisenwert  
Söllingen.